

24

Zivilcourage ist wichtig, ebenso eine funktionierende Zivilgesellschaft. Aber selbst wenn beides vorhanden wäre, könnte damit allein der Aufstieg der NPD nicht gestoppt werden. Der »Aufstand der Anständigen« bleibt Stückwerk ohne den »Aufstand der Zuständigen«. Der allerdings ist in Sachsen die Ausnahme. Stück für Stück verankert sich die extreme Rechte in der Mitte der Gesellschaft. Auf der Straße, in den Köpfen, in den Parlamenten ...

Kerstin Köditz dokumentiert und analysiert das Agieren der Neonazis und der Gegenwehr. Sie berichtet über Strategie, Positionen und Personen der extremen Rechten. Sie weiß: Je weniger links die Linke ist, desto rechter wird die Rechte.

Kerstin Köditz, geboren 1967, lebt in Grimma. Studium der Philosophie, Soziologie und Geschichte in Leipzig, Magistra Artium. Seit 2001 Landtagsabgeordnete in Sachsen. Sie ist Sprecherin für antifaschistische Politik der Linksfraktion. Zahlreiche Buch- und Zeitschriftenbeiträge zur extremen Rechten, umfangreiche Referentinentätigkeit zum Thema.

Kerstin Köditz

UND MORGEN?

Extreme Rechte in Sachsen

VERBRECHER VERLAG

Erste Auflage
Verbrecher Verlag Berlin 2009
www.verbrecherei.de

© Verbrecher Verlag 2009
Satz: Christian Walter

ISBN: 978-3-940426-17-8

Printed in Germany

Der Verlag dankt Christine Bawaj.

Vorwort	7
Heute die Parlamente ...	13
Die kommunale Verankerung als Voraussetzung für den Erfolg auf Landesebene	48
Die Splitter jenseits des Balkens: Kleinparteien der extremen Rechten	79
Kampf um die Straße, auch wenn sie schlecht gepflastert ist	88
»Die Revolution in Deutschland wird von Borna ausgehen!«	121
Demagogie oder Programmatik?	150
»Wir vergessen nichts!«	192
Und morgen?	207
Literaturverzeichnis	218

Vorwort

Warum eigentlich noch ein Buch über Nazis in Sachsen? Gibt es nicht schon zur Genüge bedrucktes Papier zu diesem Thema? Es gibt journalistische Arbeiten, bei denen der Ausflug nach Sachsen zu einer Reise auf einen fernen Kontinent, ins Herz der Finsternis, gerät. Es gibt die Werke von Rechtsextremismusexperten, die sich in den ostdeutschen Kleinstädten auskennen wie in ihrer Westentasche. Doch tragen sie meistens keine Weste, daher verlegen sie das gut zwanzig Kilometer östlich von Leipzig gelegene Wurzen souverän in den Norden. Wir Eingeborenen merken es und reagieren verschnupft. Es gibt die Analysen der Extremismusexperten mit Lehrstuhl, meistens erstellt von den Schülern dieser Professoren, die mit ihren Beiträgen zu Sammelwerken den ersten Zugang zum Zitierkartell erhalten. Handelt es sich um Experten, die an sächsischen Hochschulen lehren, endet die Untersuchung mit dem obligatorischen Nachweis, dass der linke Extremismus mindestens ebenso schlimm ist wie der rechte und der rechte weniger gesellschaftlichen Einfluss hat. Es gibt die Bücher, die sich auf einen Bereich der extremen Rechten beschränken, sei es die NPD, sei es die Szene der Freien Kameradschaften. Darunter finden sich Schnellschüsse ebenso wie hervorragende Studien.

Dieses Buch ist anders. Es will auch anders sein. Es ist weder aus der Sicht einer außenstehenden Wissenschaftlerin noch aus der einer beobachtenden Journalistin geschrieben. Ich lebe in Sachsen. Ich lebe mit der extremen Rechten in Sachsen. Erstens geht das gar nicht anders in Sachsen. Zwei-

tens sitzen mir Holger Apfel und Co. als Abgeordnete im Landtag direkt gegenüber. Buchstäblich. Denn die berühmt-berühmte Hufeisentheorie, wonach sich die Extreme einander annähern, ist im Landtag architektonisch umgesetzt. Doch nicht ganz. Zwischen den Extremen sitzt die Regierung. Sie bildet sozusagen einen Extremismus und Mitte. Und bei uns in Sachsen wird tatsächlich nicht nur gelegentlich deutlich, dass die Mitte das eigentliche Problem ist.

Bei Demonstrationen bin ich ein beliebtes Fotoobjekt der Nazis. Zuletzt baute sich am 13. Februar dieses Jahres bei der jährlichen Großdemonstration der Neonazis Andreas Storr, ein Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion, vor dem Hauptbahnhof Dresdens demonstrativ vor mir auf und lichtete mich und meinen Mitarbeiter ab. Selbstverständlich kennen mich die Nazis. Sie mögen mich nicht. Und das ist auch gut so. Die Abneigung beruht auf Gegenseitigkeit. Ich bin Sprecherin für antifaschistische Politik der Linksfraktion im Landtag. Ich beschäftige mich beruflich mit den Neonazis jeglicher Couleur. Denn Braun hat viele Schattierungen.

Dies ist auch außerhalb des Landtages nicht zu übersehen, sofern man die Augen in seiner Umwelt offen hält. Unter die Gegner des Anbaus von genmanipulierten Kartoffeln in der Nähe meines Wohnortes Grimma mischt sich ein auf den ersten Blick ganz normal erscheinendes jüngeres Paar mit Kinderwagen, das seinen fair gehandelten Kaffee trinkt, den Kartoffelkuchen aus ökologisch angebauten Feldfrüchten isst und interessiert nach Flugblättern und sonstigem Material greift. Der zweite Blick lässt bemerken, dass die Frisur des Vaters von einem scharf gezogenen Scheitel

dominiert wird und am Rucksack eine kleine Schwarze Sonne, ein Szenesymbol, zu finden ist.

Das Haus, in dem sich mein Wahlkreisbüro befindet, ist mit der Parole »Roten Faschismus zerschlagen« beschmiert worden. Das Strafverfahren wegen eines anonymen Drohbriefes, der mich fast gleichzeitig erreichte, ist längst eingestellt worden. Solche Vorkommnisse sind glücklicherweise keine alltäglichen. Doch sind sie nicht so ungewöhnlich, dass sie Schlagzeilen machen. Man lebt eben damit. Man lebt damit, dass an fast jedem Wochenende irgendwo in Sachsen Büros der LINKEN angegriffen, ihre Fensterscheiben zerstört werden. Die Aufklärungsrate tendiert gen Null. Das ist der Alltag.

In diesem Buch will ich von meinen Erfahrungen mit den Rechten sprechen und Überlegungen anstellen. Die Situation im Bundesland Sachsen ist eine Ausnahmesituation in der Bundesrepublik. Noch. Noch ist Zeit, aus den zahllosen Fehlern zu lernen, die in Sachsen beim Umgang mit der extremen Rechten gemacht worden sind und gemacht werden. Dass Sachsen zur Hochburg der extremen Rechten geworden ist, dass sich die Entwicklung der extremen Rechten in Sachsen auf diese Weise vollzogen hat, ist keineswegs ein Zufall, wie ich in den folgenden Kapiteln zeigen werde.

Der derzeitige Zustand gibt keinerlei Anlass zur Entwarnung. Die NPD sitzt im Landtag und in allen Kreistagen. Der alljährliche »Trauermarsch« der Jungen Landmannschaft Ostdeutschlands zum Gedenken an die Opfer der Bombardierung Dresdens am 13./ 14. Februar 1945 hat sich zum europaweit größten Naziaufmarsch entwickelt. Im sächsischen Riesa hat der Deutsche Stimme Verlag der NPD

seinen Sitz. Dieser größte Verlags- und Versandhandel der extremen Rechten, einer von insgesamt siebzehn dieser Art in Sachsen, hat Ausstrahlungskraft weit über sächsische Landesgrenzen hinaus. Die »Gedächtnisstätte« in Borna ist zum festen Anlaufpunkt für alte und neue Nazis bundesweit geworden. Die Idee des »Freien Netzes« als konspirative Organisationsform »Freier Kräfte« der Neonazis hat bereits Nachahmer in Süddeutschland gefunden.

Die große Mehrheit im Land ist oft nur mit Teilbereichen des Gesamtproblems konfrontiert. Der gutwillige Kommunalpolitiker, der gegen die Dominanz der Rechten im Jugendclub seines Dorfes kämpft, ist zufrieden, wenn er die Rechten vor Ort kurzfristig verdrängt hat. Dass der gleiche Übernahmeversuch umgehend zwei Orte weiter gestartet wird, hält er nicht mehr für sein Problem. Er wird erschrocken abwehren, wenn ich ihm erkläre, dass die Arbeit gegen die extreme Rechte nicht zum Nulltarif zu bekommen ist, er deshalb nicht die Ein-Euro-Jobberin als Betreuerin im Jugendclub einsetzen möge, sondern sich schleunigst um eine qualifizierte Fachkraft in Festanstellung kümmern muss. Auch die Feuerwehr, die unter Personalmangel sowie schlechter und unzureichender Ausrüstung leidet, wird sich zunächst um diese existenziellen Probleme kümmern. Nur wenn ich Glück und einige besonders engagierte Feuerwehrleute als Mitstreiter habe, wird sie sich zudem mit den rassistischen Parolen eines jüngeren »Kameraden« auseinandersetzen. Dass der Fußballverein des Ortes die gleichen Probleme hat, dass dort beispielsweise bei Spielen der B-Jugend antisemitische Sprechchöre gerufen werden, wird diesen Feuerwehrleuten bereits egal sein.

Es gibt viel zu viele Baustellen dieser Art im Freistaat und viel zu wenig Bauleute. Wenn die Zuständigen die Probleme verschweigen, können und werden die möglichen Verbündeten, die Anständigen, sagen, dass sie von nichts gewusst haben. Oft stimmt dies sogar. Sie erfahren häufig erst etwas, wenn es einen Skandal gibt, der nicht mehr verschwiegen werden kann. Die Anständigen verzweifeln dann, wenn die Zuständigen den Skandal verharmlosen. Wie nach dem rassistischen Pogrom in Mügeln, als der Bürgermeister des Städtchens mit Überzeugung verkündete, es gebe keine rechte Szene in seinem Ort. Die Anständigen verzweifeln, wenn sich die Zuständigen als Teil des Problems erweisen. Wenn der Bürgermeister von Mittweida, dessen Stadt wegen der zahlreichen militanten Übergriffe des »Sturm 34« zu trauriger Berühmtheit gelangt war, der »Aktion Noteingang« für Bedrohte die Unterstützung verweigert, da er befürchtet, seine Stadt könne dadurch, dass das Problem offen zur Sprache kommt, wieder Negativschlagzeilen machen.

Ich leide unter diesen Zuständen. Daher will ich diese Zustände in Sachsen beschreiben. Ich will es nicht bei Ausschnitten belassen, ich möchte das gesamte Panorama zeichnen. Trotzdem wird dieses Buch an etlichen Stellen skizzenhaft bleiben. Ein zehnbändiges Kompendium wäre notwendig, wollte ich alles en detail beschreiben. Weder kann ich diese Arbeit leisten, noch wäre dies den Lesenden zuzumuten. Ich will mich dennoch bemühen, die verschiedenen Erscheinungsformen der extremen Rechten möglichst genau darzustellen: den parlamentarischen Zweig, den aktionistischen und den diskursiven. Auch ihre Opfer sollen nicht zu kurz kommen. Prognosen, so weiß es das Sprichwort,

sind immer schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen. Trotzdem will ich einen Blick in die Zukunft werfen, indem ich von der Gegenwart auf das schließe, was uns morgen erwartet. Viel Anlass zum Optimismus habe ich nicht.

Wenn die folgenden Kapitel Diskussionen anregen, habe ich ein Ziel erreicht. Wenn Leute sich nach der Lektüre zu eigenem Engagement entschließen, würde ich jubeln. Wenn der eine oder die andere Zuständige die Anständigen, die es in jedem Ort gibt, um sich schart und sie dann gemeinsam beratschlagen, was sie tun können, damit sich die deutschen Zustände in ihrer besonderen sächsischen Ausformung zum Besseren verändern, würde mein Optimismus wachsen.

Grimma, im Februar 2009

Heute die Parlamente ...

»Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstagsabgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache.«

Joseph Goebbels, 1928

»Das wird immer einer der besten Witze der Demokratie bleiben, dass sie ihren Todfeinden die Mittel selbst stellte, durch die sie vernichtet wurde. Die verfolgten Führer der NSDAP traten als Abgeordnete in den Genuss der Immunität, der Diäten und der Freifahrkarte. Damit waren sie vor dem Angriff der Polizei gesichert und durften sich mehr zu sagen erlauben als gewöhnliche Staatsbürger und ließen sich außerdem die Kosten ihrer Tätigkeit vom Feinde bezahlen.«

Joseph Goebbels, 1933

Ein Sommertag Ende August 2008. Der im Juni gewählte Kreistag im neuen Landkreis Meißen tritt zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Noch bewegen sich die Abgeordneten ein wenig unsicher. Noch ist nicht alles bloße Routine. Man kennt sich noch nicht so gut, noch nicht einmal innerhalb der Fraktionen. Es gibt neue Gesichter. Und auch der Kreis selbst ist neu, entstanden aus der Zusammenlegung der bisherigen Kreise Riesa-Großenhain und Meißen. Vor allem aber ist eine neue Partei in dem Gremium

vertreten. Seit Juni gehören fünf NPD-Funktionäre, tatsächlich nur Männer, dem Kommunalparlament an.

Sie hat man in die letzte Reihe platziert, um optisch zu unterstreichen, dass es sich bei ihnen um die ungeliebten Schmuttelkinder handelt. Die räumliche Abgrenzung soll symbolisch zeigen, dass man mit den Rechtsextremisten nichts zu schaffen hat. Das gewünschte Bild hat sich noch nicht eingepreßt, da wird es schon wieder zerstört. Erstens denken die Neonazis gar nicht daran, sich mit der zugelegten Rolle als Geduldete und Ausgegrenzte zu begnügen, und zweitens kommt ja ohnehin immer alles anders als man es sich gedacht hat.

So dauert es nicht lange, und Mirko Beier, Kreisvorsitzender und designierter Fraktionsvorsitzender der NPD, verliest eine Rede. Er äußert sich zur Rolle und Bedeutung der »nationalen Opposition« im Kreistag Meißen, schwadroniert von der NPD als »Stachel im Fleisch eines volksfernen Parteiensystems«. Erster Schock für die Mehrheit: Beier erfüllt nicht die Erwartungen, denen zufolge NPD-Kommunalpolitiker kaum verständlich reden und ihre Texte kaum lesen können. Deutlich und gut vernehmbar klingen seine programmatischen Tiraden durch den Saal. Zweiter Schock: Man hat überhaupt keinen Beitrag der NPD an dieser Stelle erwartet. Der Tagesordnungspunkt lautete zwar »Erklärungen der Parteien und Gruppierungen«, doch vorgetragen werden sollte eben nur eine gemeinsame Erklärung aller Gruppen im Kreistag – mit Ausnahme der NPD. Die jedoch hat den Plural in der Tagesordnung wörtlich genommen. Man hätte damit rechnen können, wenn man nicht den beliebten Fehler begangen hätte, die NPD zu unter-

schätzen. Dies sollten nicht die letzten Schocks des Tages bleiben.

Denn der nächste erfolgte umgehend, als der Landrat den Nachweis versucht, dass er – und nur er – Herr des Geschehens ist. Die Folge ist ein Tumult, bei dem es sich sehr schnell als Nachteil erweist, dass die räumliche Distanz im Sitzungsraum so groß wie nur möglich ist. Die beiden NPD-Kreisräte Holger Apfel – der bereits kommunalpolitische Erfahrungen im Stadtrat von Dresden gemacht hat – und Jürgen Werner Gansel, denken gar nicht daran, den Landrat als Autorität zu akzeptieren. Der lautstarke Disput entspinnt sich über zehn Sitzreihen hinweg, die gewohnten Spielregeln werden einfach nicht eingehalten. Apfel und Gansel haben hinreichend gelernt, auf welche Weise man Tabubrüche zielgerichtet einsetzen kann, um erst den Saal und dann die Medienberichterstattung zu beherrschen.

Der Landrat lernt schnell, dass er es nicht mit der dritten Garnitur der NPD-Parlamentarier zu tun hat. Der frisch gebackene Kreisrat Holger Apfel ist immerhin zugleich stellvertretender Parteivorsitzender und Fraktionsvorsitzender im Landtag. Sein Kollege Jürgen Gansel wiederum, Westimport wie Apfel, gilt als der Chefideologe der NPD im Landtag und als derjenige, der immer wieder jene Skandale erzeugt, die den Gesinnungsgenossen signalisieren, dass man die richtigen Leute ins Parlament geschickt hat.

Vermutlich tut der Landrat sogar gut daran, erst gar nicht den Versuch einer inhaltlichen Intervention zu unternehmen. Der völkischen Propaganda Mirko Beiers hätte er wahrscheinlich ohnehin nicht wirksam begegnen können. Und trotzdem: Er hätte vorbereitet sein können auf das, was sich

heute in seinem Kreistag abspielt. Hätte. Er hätte wissen können, dass die NPD unbedingt eine Scharte aus der letzten Legislaturperiode auswetzen will. 2004 nämlich waren drei NPD-Leute in den Kreistag Meißen eingezogen. Beendet worden war die Wahlperiode ohne die NPD. Zwei ihrer Mandatsträger, darunter der Landtagsabgeordnete Mirko Schmidt, hatten die Partei im Streit verlassen, ein weiterer schied wegen Wohnortwechsels aus. Im früheren Kreis Riesa-Großenhain waren die Nazis dagegen nicht im Kreistag vertreten gewesen. Dafür kommen nunmehr alle fünf neuen Räte aus diesem Kreisteil. Hier ist der Sitz des NPD-Organs Deutsche Stimme, hier hat die NPD seit dem Jahr 2000 die Ressourcen gebündelt. Jetzt hat man die Ernte eingefahren.

Ein kurzer Blick auf die Kandidatenlisten hätte schon genügt, um zu registrieren, dass die NPD wild entschlossen zu sein scheint, den Kreis zur Vorzeigeregion für ihr Agieren in der Kommunalpolitik zu machen. Ein weiterer Landtagsabgeordneter, Alexander Delle, scheiterte zwar mit seiner Kandidatur, bleibt aber als ehrenamtlicher Fraktionsgeschäftsführer in die Arbeit eingebunden. Mit Peter Schreiber, einem ehemaligen Finanzbeamten, der früher Spitzenfunktionär der Jugendorganisation der REPublikaner gewesen ist, hat man in der Fraktion zudem einen Mandatsträger, der in der Lage ist, einen Haushaltsplan zu lesen und kritische Nachfragen dazu zu stellen. 5,7 Prozent hat die NPD im Kreis Meißen am 8. Juni 2008 erreicht. Fast hätte es zu sechs Mandaten gereicht. Dann hätte für die NPD mit Gisela Böhmer auch eine Frau im Kreistag gegessen.

Was tun? Nun, man grenzt die NPD nicht nur räumlich aus, sondern sorgt dafür, dass sie in dem Kommunalparla-

ment so wenig Mitwirkungsmöglichkeiten hat wie es nur irgendwie geht. Es wurde nach Kräften an Geschäftsordnung und Hauptsatzung gebastelt. Ein Ergebnis von 5,7 Prozent sollte demnach nicht zur Bildung einer Fraktion ausreichen. Unter demokratischen Gesichtspunkten ein fragwürdiges Verfahren. Das Vorgehen wird noch anrühiger, wenn wir eine Folgewirkung dieses Handelns betrachten. 16 Prozent der gewählten Kommunalabgeordneten im Kreistag wären damit nämlich fraktionslos oder faktisch dazu gezwungen, sich einer der großen Parteien zuzuwenden.

Natürlich war die NPD nicht bereit, dies einfach hinzunehmen. Peter Schreiber blieb es vorbehalten, die Änderungsanträge seiner Partei einzubringen und zu begründen. Das Agieren der so genannten demokratischen Parteien sei schlicht undemokratisch. Dies wüssten sie ganz genau. Schließlich sei andernorts bereits erfolgreich gegen solche Fraktionsmindergrößen geklagt worden. Die Anträge der NPD wurden abgelehnt. Erwartungsgemäß. Ebenso erwartungsgemäß kündigte darauf die NPD an, nunmehr juristisch gegen die Entscheidung vorzugehen. Ein einziger Kreisrat argumentierte inhaltlich gegen die NPD. Er merkte an, es könne wohl nur zynisch genannt werden, wenn die NPD in diesem Fall auf Minderheitenrechte poche, ansonsten Minderheiten aber gerade keine Rechte zugestehen wolle.

Wölfe bleiben Wölfe, wenn sie einen Schafspelz umlegen. Meistens jedoch macht sich die NPD noch nicht einmal diese Mühe. Sie tritt als Wolf im Wolfspelz auf.

Dass jemand bei einer demokratischen Wahl gewählt wird, macht ihn noch lange nicht zum Demokraten. Der Nachweis, dass die NPD undemokratisch ist, lässt sich leicht

erbringen. Beispiele dafür gibt es viele, wissenschaftliche Analysen ebenso. Trotzdem scheuen sich die meisten Landräte, Kreisverwaltungen und Kommunalabgeordneten vor einer offensiven inhaltlichen Auseinandersetzung zurück. Stattdessen verständigt man sich auf ein formales Vorgehen und beschwört die Floskel von der »Gemeinsamkeit der Demokraten«. Eine Gemeinsamkeit, die selbstverständlich nicht existiert. Demokratie lebt von Unterschieden und Meinungsverschiedenheiten. Wir bewegen uns schließlich in einer Gesellschaft und nicht in der gleichförmigen »Volksgemeinschaft« der Nazis. Natürlich sollte man gemeinsam nach Strategien zur Zurückdrängung der NPD und anderer Parteien der extremen Rechten suchen. Aber sollte man deshalb auf eigene Lösungsansätze, Schwerpunkte und Forderungen verzichten? Damit, meine ich, würden wir uns selbst wehrlos machen, da der kleinste gemeinsame Nenner über das politische Handeln bestimmen würde.

Ein Beispiel dafür aus meinem direkten regionalen Betätigungsfeld, dem Landkreis Leipzig. Während des Wahlkampfes thematisierte ich immer wieder das Problemfeld Integration und wurde auch selbst immer wieder darauf angesprochen. Es gibt in unserem Landkreis rund zwei Prozent Menschen ohne deutschen Pass. Das ist herzlich wenig. Im neuen Kreisteil bestehen allerdings drei Heime für Menschen, die aus ihren Ländern fliehen mussten. Und vor allem leben bei uns zahlreiche Personen, die aus den Staaten der ehemaligen UdSSR stammen. Es gibt zahllose so genannte »Integrationsprobleme«.

Ausdruck davon war nicht zuletzt eine Demonstration von rund 20 Asylsuchenden Anfang Dezember 2008 in der

Kreisstadt Borna. Beklagt wurden Schikanen durch das Ausländeramt sowie besondere Härten, die in anderen Kreisen nicht bestünden. Natürlich ist es nicht hinnehmbar, wenn die Betroffenen gezwungen werden, über Jahre getrennt von ihren Frauen zu leben. Eine Geldstrafe über 70 Euro, kassiert wegen Reisens ohne Urlaubsschein, ist ein Vermögen, wenn man monatlich nur gut zehn Euro Taschengeld bekommt. Die Passanten in Borna konnten nicht sehen, weshalb die Flüchtlinge in der Kälte standen. Ihre mitgebrachten Transparente durften sie nicht entrollen. Sie hatten vergessen, das entsprechende Häkchen in das Feld des Anmeldeformulars zu machen. Geholfen hatte ihnen niemand beim Ausfüllen.

Grund genug also zu fordern, dass die bisher ehrenamtliche Tätigkeit des »Ausländerbeauftragten« ersetzt wird durch einen hauptamtlichen Integrationsbeauftragten, dem zur Unterstützung ein Integrationsbeirat an die Seite gestellt werden sollte. Es gehört zu den Spielregeln der Demokratie, dass man mit solchen Forderungen in der Minderheit sein kann. Dass dann allerdings nach der entsprechenden Sitzung der Landrat unsere Fraktionsvorsitzende kritisiert, da sich durch den Antrag die NPD provoziert fühlen könne, zeugt nicht mehr von einem Demokratiebegriff, sondern nur von Feigheit.

Der »Konsens der Demokraten« ist erste Bürgerpflicht in den Kreistagen. Fast alle Lokalpolitiker haben Angst davor, aus eben diesem Konsens auszubrechen. Das Dogma, dass Kommunalpolitik reine Sachpolitik sei und mit Parteipolitik oder gar Ideologie nichts zu tun habe, fördert die Sehnsucht nach dem Konsens, nach der gemeinsamen Suche

nach der besten Lösung für »unsere Menschen«. Dass es sich dabei nicht um eine abstrakte Gattung handelt, sondern um lebendige Wesen aus Fleisch und Blut mit konkreten, teilweise gegensätzlichen Interessen, wird ausgeblendet. Und wenn wir Demokraten zu einer gemeinsamen Front gegen die NPD kommen wollen, so muss offener Streit vermieden werden, so will es das Dogma. Gegensätzliche Positionen werden nicht mehr in öffentlichen Sitzungen debattiert, sondern bereits im Vorfeld in den Ausschüssen »geklärt«. Weiterhin bestehende Differenzen werden für die Öffentlichkeit unter den Teppich gekehrt. Und so wird die Demokratie geopfert, um – im Konsens! – eine Geschäftsordnung verabschieden zu können, die angeblich hilfreich im Kampf gegen die NPD sei.

Kleinere Fraktionen werden skrupellos benachteiligt. Einzige Begründung dafür: das schadet der NPD. Wenn sie keine Fraktion bilden darf, so die Argumentation, stehen ihr auch die Gelder für die Fraktionsarbeit nicht zu. Das betrifft allerdings auch alle anderen kleinen Parteien. Demokratieabbau zum Schutz vor den Nazis ist so sinnvoll wie Selbstmord aus Angst vor dem Tod. Die Demontage der Demokratie trifft stets jene zuerst, die Demokratie einfordern. Nachdem die NPD medienwirksam ihren Neujahrsempfang im Plenarsaal des Landtages durchgeführt hatte und ihre Leute dort schon einmal zur Probe Platz auf der Regierungsbank genommen hatten, durfte dieser größte Saal des Landtages von keiner Fraktion mehr genutzt werden. Die einzige Partei, die das vorher getan hatte, war die PDS, die dort regelmäßig Treffen mit Bürgerinitiativen gegen Privatisierung, für Umweltschutz oder für ein besseres Schul-

wesen durchgeführt hatte. Übrigens: Die Nazis führen ihren Neujahrsempfang zuletzt im Januar 2009 unter Anwesenheit fast der gesamten Prominenz der Szene durch. Nur nutzen sie jetzt nicht mehr den Plenarsaal, sondern den Flur vor ihren Fraktionszimmern. Der Propagandaeffekt ist beinahe der gleiche.

Da die Nazis zum 13. Februar, dem Jahrestag der Bombardierung Dresdens, den Landtagsvorplatz für die Auftaktkundgebung ihrer traditionellen Großdemonstration genutzt hatten, wurde umgehend durch den Landtagspräsidenten verfügt, dass dieser Platz künftig nur noch eingeschränkt genutzt werden dürfe. Im Schreiben des Landtagsdirektors vom 3. Mai 2005 wurde den Fraktionen mitgeteilt, dass »der Landtagsvorplatz für Demonstrationen nur noch an Sitzungstagen des Sächsischen Landtags sowie seiner Ausschüsse mit einem konkret nachvollziehbaren Zusammenhang zu den Themen des jeweiligen Plenartages bzw. zur Tagesordnung der Ausschüsse überlassen wird«. Wer aber hatte dort in der Vergangenheit vor allem demonstriert? Es waren die Gewerkschaften mit Forderungen der Lohnabhängigen und im Sozialbereich. Es waren Eltern, Schüler und Lehrer im Kampf um den Erhalt von Schulstandorten und für bessere Lernbedingungen. Es demonstrierten Studierende gegen ein undemokratisches und neoliberales Hochschulrecht und die Kritiker einer ebenso undemokratischen Funktional- und Verwaltungsreform.

Selbstverständlich kann man solche restriktiven Regelungen umgehen – sie werden auch umgangen. Die Einschränkung des Grundrechts auf Demonstrationsfreiheit führt zum positiven Effekt, dass die Zusammenarbeit zwischen

Abgeordneten und außerparlamentarischen Akteuren verstärkt wird. So sorgen wir als Abgeordnete selbstverständlich dafür, dass zum geplanten Termin einer Demonstration ein entsprechender Antrag zum Thema auf der Tagesordnung des Landtags steht. Einfach ist das nicht. Schließlich nimmt so eine Tagesordnung erst ein bis zwei Wochen vor dem Sitzungstermin Gestalt an. Eine recht kurze Zeitspanne für die Mobilisierung zu einer Demonstration. Am Schlimmsten aber ist: Die Ausübung eines Grundrechts wird abhängig gemacht vom Terminplan von 124 Parlamentariern.

Wer die Neonazis erfolgreich zurückdrängen will, muss selbst Engagement zeigen, muss die Bürger sprechen und Phantasie entwickeln. Jede repressive Maßnahme seitens der Politik ist in diesem Bereich lediglich ein deutlich erkennbares Zeichen von Angst. Und diese Angst zeigt den Nazis, dass sie im betreffenden Fall einen erfolgreichen Weg eingeschlagen haben. Sie werden die jeweilige Methode also verstärkt anwenden. Ein Beispiel auch dafür: Seit dem Einzug der NPD in den Landtag in Mecklenburg-Vorpommern – am 5. Oktober 2006 – sind die kommunalen Parlamentarier der Partei in Sachsen spürbar aktiver geworden. Oft wird die gesamte Partei in deren Arbeit mit einbezogen. War es bis dato üblich gewesen, dass lediglich ein Kreis- oder Stadtrat der Neonazis zu ausgewählten Themen einen in der Regel vorbereiteten und schlecht vorgelesenen Redebeitrag beisteuerte, so redeten plötzlich alle Gewählten der Partei und bedienten sämtliche Tagesordnungspunkte. Es war nicht zu überhören, dass es entsprechende Schulungen und eine gemeinsame inhaltliche Vorbereitung gegeben hatte.